

Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:
<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek>

LANDTAGSREDE – 28.Januar 2026

Sophia Schiebe

Engagement darf nicht vom Zufall abhängen

TOP 20: Recht auf Freiwilligendienst (Drs. 20/3999)

in meiner eigenen beruflichen Praxis habe ich mehrere Freiwilligendienstleistende begleitet. Menschen, die für ein Jahr in unsere Einsatzstelle gekommen sind: neugierig, manchmal unsicher, oft mit vielen Fragen an sich selbst und an die Welt. Und ich konnte miterleben, wie sie in dieser Zeit gewachsen sind.

Ich habe großen Respekt davor, wie sehr sich junge Menschen in einem Freiwilligendienst weiterentwickeln. Nicht, weil alles leicht wäre, sondern gerade, weil es das oft nicht ist.

Freiwilligendienste konfrontieren junge Menschen mit Verantwortung. Mit Nähe. Mit Schicksalen. Ich erinnere mich an eine meiner Freiwilligen, die sich besonders um ein Kind gekümmert hatte und dann miterleben musste, wie dieses Kind aus seiner Familie genommen wurde. Das sind Momente, die man nicht einfach abhakt. Sie prägen. Sie fordern. Und sie zeigen, wie viel junge Menschen in diesen Diensten leisten.

Solche Erfahrungen machen deutlich: Ein Freiwilligendienst ist ein intensiver Lern- und Lebensabschnitt. Und er ist wertvoll, nicht nur für die jungen Menschen selbst, sondern auch für die Einrichtungen, für die Teams und für uns als Gesellschaft. Denn wir lernen ebenso von ihnen: neue Perspektiven, neue Fragen, neue Sichtweisen.

Gerade deshalb dürfen wir Freiwilligendienste nicht als unverbindliches Zusatzangebot behandeln.

Heute ist es leider so, dass viele junge Menschen, die bereit wären, diese Verantwortung zu übernehmen, daran scheitern, dass die Rahmenbedingungen nicht stimmen. Sie haben eine Einsatzstelle, sie haben Motivation, aber sie haben keine verlässliche Förderung. Oder sie können es sich schlicht nicht leisten, ein Jahr mit sehr begrenztem Einkommen zu leben.

Das ist kein individuelles Problem. Das ist ein strukturelles.

Mit unserem Antrag schlagen wir deshalb einen klaren und notwendigen Schritt vor: einen Rechtsanspruch auf Förderung eines Freiwilligendienstes.

Das bedeutet ganz konkret: Wenn sich eine junge Person und eine anerkannte Einsatzstelle auf einen Freiwilligendienst einigen, dann darf dieser nicht an Finanzierung oder Kontingenten scheitern. Dann muss die Förderung gesichert sein.

Wir fordern ausdrücklich keinen Pflichtdienst.

Wir fordern keinen Automatismus für bestimmte Plätze.

Wir fordern das Recht darauf, dass Engagement nicht vom Zufall abhängt.

Dass ein solcher Rechtsanspruch möglich ist, ist keine politische Behauptung, sondern juristisch geprüft. Ein Rechtsgutachten der Bertelsmann Stiftung kommt zu dem klaren Ergebnis, dass ein bundesgesetzlicher Anspruch auf ein freiwilliges Gesellschaftsjahr ohne Änderung des Grundgesetzes eingeführt werden kann. Der Bund kann die rechtliche Grundlage schaffen und die Förderung sichern.

In unserem Vorschlag übernimmt der Bund die Finanzierung des Freiwilligengeldes und sorgt bundesweit verlässliche Rahmenbedingungen. Die konkrete inhaltliche Ausgestaltung des Rechtsanspruchs soll dabei in enger Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern erfolgen. Ziel ist es ausdrücklich nicht, bewährte Strukturen zu ersetzen, sondern die bestehenden Freiwilligendienste auf einer verlässlichen Grundlage zu sichern und weiterzuentwickeln. Erfolgreiche Rahmenbedingungen, etablierte Trägerstrukturen und die gewachsene Qualität der Begleitung sollen erhalten bleiben und dort gestärkt werden, wo sie jungen Menschen und Einsatzstellen bereits heute gute Voraussetzungen bieten.

Derzeitig hängt der Zugang zu Freiwilligendiensten zu oft von dem finanziellen Background ab. Wer Unterstützung von zu Hause bekommt, kann sich eher ein Jahr Engagement leisten. Wer diese Unterstützung nicht hat, muss verzichten, selbst wenn Motivation und Eignung vorhanden sind.

Das ist weder gerecht noch zeitgemäß.

Deshalb gehört zu einem echten Rechtsanspruch auch eine finanzielle Absicherung, die diesen Namen verdient. Die Orientierung am BAföG-Höchstsatz ist kein Luxus, sondern eine realistische Grundlage. Junge Menschen müssen davon leben können, selbstständig und ohne Abhängigkeit von den Eltern.

Zivilgesellschaftliche Organisationen und Jugendverbände fordern den Rechtsanspruch seit Jahren. Sie machen deutlich: Ein Rechtsanspruch stärkt die Freiwilligkeit, statt sie zu gefährden. Er schafft Planungssicherheit für junge Menschen und für Einrichtungen gleichermaßen.

Gerade in Zeiten, in denen viele junge Menschen sich fragen, ob Politik und Gesellschaft sie wirklich ernst nehmen, ist es entscheidend mit konkreten Entscheidungen, ihr Vertrauen zu gewinnen.

Wenn wir junge Menschen ermutigen wollen, Verantwortung zu übernehmen, dann müssen wir ihnen auch die Bedingungen dafür schaffen. Alles andere bleibt ein Lippenbekenntnis.

Ich wünsche mir, dass möglichst viele junge Menschen die Erfahrung machen können, die ich in meiner Einsatzstelle beobachten durfte: zu wachsen, sich zu entwickeln, Verantwortung zu übernehmen und dabei begleitet zu werden.

Ich bitte Sie daher, diesen Antrag zu unterstützen – aus Respekt vor dem Engagement junger Menschen und aus Verantwortung für unsere gemeinsame Zukunft.